

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 6. Mai 1931

Nummer 36

Gewerkschaftliche Zweckbildung

Die Anregung zu diesen Ausführungen stammt aus einem vierwöchigen Funktionärkursus, den die graphischen Berufe, Buchdrucker, Stein drucker und Lithographen, Buchbinder und graphische Hilfsarbeiter, vom 29. März bis 24. April d. J. in der Bundeschule Bernau veranstaltet haben. Es ist ohne weiteres zu begreifen, daß ein Kreis von aktiven Männern und Frauen die gesteckten Bildungsziele nicht übernimmt, ohne im Laufe der Zeit Stellung dazu zu nehmen. Eine solche Stellungnahme ist für den Lehrkörper überaus wertvoll. Sie bietet Gelegenheit, die Schulungsarbeit zu einem bewußten Erlebnis zu gestalten und die Anstrengungen der Schüler durch das Gefühl zu steigern, daß die Arbeit, die sie tun, richtig und erfolgversprechend ist.

Aus diesem Grunde finden im Laufe der Kurse immer wieder Erörterungen über die bisherigen Eindrücke statt. Mitunter entspringen sie einem Bedürfnis der Dozenten, die im Unterricht auf innere Schwierigkeiten stoßen, mitunter einer Anregung der Schüler. Es kommt aber auch vor, daß die kritische Einstellung einzelner, die von den Kursen etwas anderes erwartet haben, als sie erhalten, Anlaß ist, den Lehrplan und die erstrebten Bildungsziele zu begründen. Diskussionen, die auf diese Weise entstehen, haben nicht nur Wert für unsere praktische Arbeit, sie ziehen sehr oft weitere Kreise und können deshalb wertvolle Beiträge zur Erwachsenenbildung liefern.

Die Frage nach dem Zweck der Bildungsarbeit in Bernau wurde in diesem Fall von einem Schüler angeregt, der nicht in erster Linie eine Einführung in die Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Rechts wünschte, sondern der sich von der Frage leiten ließ, was seine Kollegen von ihm erwarten, wenn er zurückkommt. Er ging von dem brennenden Problem unserer Zeit, von dem Arbeitslosenproblem, aus. Er wollte keine allgemeine Einführung in die Grundfragen der Wirtschaft und Sozialpolitik, auch keine Menge von Kenntnissen auf dem Gebiet des Sozialrechts, sondern die stärkste Konzentration auf das entscheidende Problem, das unser ganzes öffentliches Leben überflutet. Er erhoffte von der Behandlung dieses Problems mehr als eine Darstellung der Ursachen, er erwartete ganz bestimmte eindeutige und überzeugende Wege aus der Krise. Dieser Zweck seines Bildungsverlangens war das Dominierende bei seinen Überlegungen und der Maßstab für die Beurteilung des Erfolges unserer Arbeit in Bernau.

Auch wenn es sich hier nur um die Einstellung eines einzelnen handelt, unterlassen wir es nicht, darauf einzugehen, zumal sie uns Gelegenheit gab, das Arbeitslosenproblem als schulfähige Aufgabe im Besonderen und die gewerkschaftliche Bildung als Zweckbildung im allgemeinen eingehender darzulegen.

Es braucht zunächst nicht besonders erwähnt zu werden, daß eine so brennende Frage, wie die Arbeitslosenfrage, auch im Unterricht in Bernau nicht unberücksichtigt bleibt. Eine Gewerkschaftsschule hat einen viel zu engen Kontakt mit den aktuellen Ereignissen, als daß nicht jeder Lehrer darauf zu sprechen käme. Außerdem steht der Lehrplan eine Reihe von Stunden vor, die sich mit der Wirtschaftskrise, mit dem Arbeitsmarkt und mit sozialen Fragen in Verbindung damit eingehend befassen. Wir haben auch Männer genug zur Verfügung, die auf solchen Gebieten Bedeutendes zu sagen haben. Aber so wertvoll ihre Ausführungen sein mögen, sie genügen dem nicht, der sich bei seinen Studien von der praktischen Überlegung leiten läßt, was er antworten soll, wenn er in seinem Wirkungskreis zurückkehrt und seine Kollegen mit den Worten an ihn herantreten: Du warst jetzt in Bernau, nun sage uns, was los ist! Sie genügt dem nicht, und kann dem nicht genügen, der letzte Antworten und eindeutige Wege eines aktiven Vorgehens erfahren will. Ob wir uns nur einige Stunden oder ganze Wochen mit dem Arbeitslosenproblem befassen, immer werden wir auf die Schwierigkeit stoßen, daß Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik uns nur Lösungen aufzeigen können, die unter bestimmten Voraussetzungen möglich sind. Zwar gibt es eine Menge von plausiblen Erklärungen für einzelne Erscheinungen. Es gibt auch grundlegende Theorien für die ganze Lage, die von Sozialisten, wie Lederer, Hermberg, Tarnow, Naphtali oder Braunthal, vertreten werden und von uns im ganzen genommen als unsere Überzeugung zur Darstellung gelangen. Wir geben diesen Männern oft Gelegenheit, selbst zu unsern Schülern zu sprechen; aber eindeutige Antworten über die Wege aus der Krise sind auch dadurch noch nicht gegeben. Es bleiben

Unsicherheiten in der Erkenntnis; es bleiben vor allem Grenzen in unserer Macht, die den enttäuschen, der sich einfach gläubig an die Vertreter der Wissenschaft und an führende Wirtschaftspolitiker wendet, um Auskunft über eine Änderung der Lage zu erhalten. Sie enttäuschen ihn durch ihr Verhalten in dem Augenblick um so mehr, als er, durch den Kursus von der praktischen Arbeit befreit, zur Schule bezufen und damit nach seiner Meinung zum letzten Wissen um die schwierigsten Fragen aussersehen ist.

Es handelt sich, wie wir betont haben, um die Meinung eines einzelnen. Andre Schüler sind bereits durch Bildungseinrichtungen hindurchgegangen oder durch eigene Weiterarbeit so weit gefördert, daß sie wissen, was man erwarten kann und was nicht. Oft äußert sich die Enttäuschung eines Schülers nicht so ausgesprochen, sondern mehr als Unbehagen, als Mißstimmung, für die er keinen besonderen Grund hat. Treten solche Stimmungen auf, ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Lehrers, sie nicht zur Steilspur sinken zu lassen, sondern durch Zweifel hindurch zu einer richtigen Einschätzung der Bildungsarbeit, wie aber auch der Möglichkeiten von Wissenschaft und Politik zu gelangen. Auf welche Weise, das wird immer die Aufgabe eines wirklichen Pädagogen sein. Wir widmen der Stimmung dieses einzelnen darum so viel Zeit, weil weite Kreise im Lande ähnliche Meinungen haben und in gleicher Weise enttäuscht sind, wenn Wissenschaftler, Gewerkschaften und Partei in schwerer Zeit letzten Endes nicht das vermögen, was sie erwarten.

Ein richtiger Arbeiterbildner wird zunächst eine zweifelhafte Einstellung, wie sie hier geschildert worden ist, durchwegs nicht als etwas Unmögliches abtun. Er wird sie zu begreifen versuchen. Der Funktionär ist ein Kind unserer Epoche. Er wird nicht nur durch seine sozialen Funktionen von allen Andern der Wirtschaft und Politik erfasst, er steht auch unter dem Einfluß der geistigen Kräfte, die sich in unserer Zeit auswirken. Das ökonomische Prinzip, das unsere ganze Industrie durchdringt, beherrscht auch den Funktionär. Er will mit seinem Wissen etwas anfangen, er will in Zeiten großer Not Großes fertigbringen. Die Welt der Wissenschaft, die Kenntnisse vermitteln will, die Erkenntnisse erstreckt und sich bereits schon freut, bestimmte Zusammenhänge festgestellt zu haben, ist nicht die Welt des Gewerkschaftlers. Seine Welt ist durch das Zeitalter der Technik bestimmt, die sich Ziele setzt, die konstruktives leisten, die in der Praxis Brauchbares schaffen will und die sich darum am Nutzeffekt orientiert. Es muß unumwunden zugegeben werden, daß deshalb das Verlangen nach praktischer Auswertung der Schulungsarbeit befriedigt werden muß, daß die Bildung an der Bundeschule Zweckbildung sein muß. Aber es gibt nun Stufen der Zweckhaftigkeit.

Es ist die einfachste Stufe, wenn wir Schulungsarbeit wie eine Befehlsausgabe auffassen oder, um ein Bild aus dem Kursus zu gebrauchen, wie die Konsultation eines Arztes in Krankheitsfällen, der nach kürzerer oder längerer Untersuchung sein Rezept schreibt und die nächste Apotheke bezieht, in der die Mittel zur Überwindung verabfolgt werden. Eine solche Auffassung von unserer Arbeit würde im Gefolge haben, daß bei jeder neuen Schwierigkeit im Wirtschaftsleben neue Kurse erforderlich würden, so daß also die Konsultation durch neue Besuche in Bernau sich immer wieder notwendig macht.

Nun sollte schon der Vergleich vorfichtig machen. Auch die Diagnose des Arztes und die verabfolgte Arznei sind nicht immer etwas Sicheres, auch die Kunst des Arztes umlauert der Zweifel. Dieser Zweifel muß um so größer sein, als es sich bei unserer Arbeit um einen ganzen Volkkörper, um große soziale Schichten, um Millionen von Arbeitslosen handelt. Im Falle einer solchen internationalen Wirtschaftskrise genügen einerseits unsere Kenntnisse der Nationalökonomie nicht und müssen andererseits auch die Kräfte einzelner oder ganzer Gruppen im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen versagen. Das muß ausgesprochen werden, ohne daß uns diese Erkenntnis zu einem unünftigen Pessimismus zu verleiten braucht. Im Gegenteil zwingt sie uns zu einer gewissenhaften Betrachtung aller Faktoren und verpflichtet uns zu einer unaufhörlichen Anpassung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Politik. Zu dem Zweck ist denn auch alles wertvoll, was wir an Schulungsarbeit leisten, eine Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik seit hundert Jahren sowohl wie ein Eingehen auf die geistig seelischen Mitleid der Arbeiterklasse, eine Besprechung über die Wandlung des Kapitalismus wie eine Belehrung über das Arbeitsrecht. Bildung als gewerkschaftliche Zweckbildung muß sich in der Breite vollziehen, die der Lehrplan aufweist. Jedes Lehrgebiet hat Bedeu-

tung für die Gewerkschaftsbewegung. Wie die gewerkschaftliche Arbeit ihre Bedeutung auch dann nicht verliert, wenn sie die Arbeitslosigkeit oder eine andre überragende Aufgabe in der jetzigen Wirtschaftsordnung nicht zu lösen vermag, so verliert auch die Schulungsarbeit auf den vorgegebenen Gebieten nicht an praktischer Bedeutung, wenn sie auf die eine oder andre brennende Frage eindeutige Antworten schuldig bleiben muß.

Gewerkschaftliche Bildung soll Zweckbildung sein, aber viele Stufen dienen diesem Zweck und mannigfache Teilaufgaben sind uns darum gestellt. Weil wir diese Zweckhaftigkeit bejahen, müssen wir uns noch etwas anderes klar machen. Die Arbeiterbewegung lebt nicht nur von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von klugen Abstraktionen und politischen Erwägungen, sie lebt von den Menschen, die sich ihr mit ganzer Seele hingeben. Deshalb wird gewerkschaftliche Zweckbildung auch immer Menschenbildung sein müssen. Alle Stufen der Zweckbildung müssen sich notwendig zu ihr erweitern. Wie manches starke Erlebnis bietet Bernau allein schon durch seinen Aufenthalt, dann aber durch seinen Unterricht, wie auch durch die ganze Lebensgestaltung im Laufe der vier Wochen. Solche Erlebnisse machen innere Kräfte frei und verleihen dem Dasein neue Werte, die in die Sphäre des allgemeinen Menschlichen gehören.

Auch eine solche Erörterung über den Zweck unserer Bildungsarbeit bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Menschen. Sie befreit von einem zu leichten Autoritätsglauben an Wissenschaft und Politik. Sie gibt jedem Schüler Vertrauen zu sich selbst und schafft damit wesentliche Voraussetzungen für jedes echte demokratische System; sie gibt ihm aber auch die Verantwortung für die Lösung jeder sozialen Frage aus eigener Kraft. Er hat nicht mehr das Recht, nur andre anzuklagen, sondern auch die Pflicht, von sich aus mitzuwirken, wo er auch stehen mag. Seine Tätigkeit ist nicht so geringfügig, wie sie ihm erscheinen mag. Eine solche Erörterung gibt ihm innerhalb der Gemeinschaftsarbeit, die er zu tun hat, den Mut zu sich selbst und stärkt in ihm das, was auch die Arbeiterbewegung immer wieder richtig geleitet hat, gefunden Menschenverstand und sicheren Instinkt, den die Bewegung auch heute trotz aller Sachverständigen, Kommissionsberatungen und aller Bildungsarbeit nicht entbehren kann. Hermann Seebach.

Lohnsubventionen für das Gewerbe?

Reichsfinanzminister Dietrich machte kürzlich den Vorschlag, man solle die Arbeitslosenunterstützungen dazu verwenden, Lohnsubventionen, d. h. Zuschüsse an einzelne Wirtschaftszweige zu zahlen. Dadurch würden die subventionierten Wirtschaftszweige in die Lage versetzt, die Warenpreise zu erniedrigen — was erhöhten Absatz und damit erhöhte Produktion zur Folge habe —, und ferner könnten dann Arbeiten in Angriff genommen werden, deren Ausführung gegenwärtig wegen fehlender Finanzierungsmöglichkeiten unterbleibe. Dieser Weg führe an sichersten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das Schicksal des Vorschlages ist allgemein bekannt: er wurde von der gesamten Öffentlichkeit entgegesehen abgelehnt.

Es muß auffallen, daß dieselben Kreise, die den Dietrichschen Vorschlag zu Beginn des Jahres noch energisch verworfen, heute deutlich zu erkennen geben, daß ihnen Lohnsubventionen durchaus genehm sein würden. Gerade in den letzten Wochen waren zahlreiche Verkaufbarungen aus einzelnen Industrien und Gewerben zu vernehmen, aus denen zu schließen ist, daß das gesamte Unternehmertum sich anständig, in der Frage der Lohnsubventionen die Stellung zu wechseln. Zeigte man dem Subventionsvorschlag noch im Januar kalt abweisend die Hinterfront, so hält man jetzt bereits verlangend die Hände aus, um des künftigen Gegens teilhaftig zu werden.

Auch im gewerblichen Unternehmertum erheben sich Stimmen, die eine Revision der ursprünglichen Stellungnahme für erforderlich halten. Noch am 9. Januar sprach sich die „Zeitschrift“ — indem sie die Kritik eines Arbeiters widerpruchlos akzeptierte — scharf und eindeutig gegen die Pläne des Reichsfinanzministers aus. Die Abwehnung wurde in folgenden Sätzen zusammengefaßt: „Man sieht schon aus diesen Hinweisen, daß einer Anwendung der Lohnsubvention, die nicht neue wirtschaftliche Störungen erzeugen und die notwendige natürliche Erziehung durch die Krise nicht unterbinden soll, nur wenig Raum bleibt. Infolgedessen wird auch die Entlastung des Arbeitsmarktes, die man sich von dieser Maßnahme ver-

spricht, nur gering sein und nicht den Erwartungen entsprechen können, die diese Idee in vielen Kreisen erwecken wird. Größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie ebenso wie der Vorschlag der Streckung der Arbeitszeit nur dazu führt, neue Störungen in den natürlichen Ablauf der Krise hineinzutragen und von den elementaren Notwendigkeiten abzulenkten."

Dieser immerhin klaren Stellungnahme gegenüber bedeutet es eine erhebliche Fortschrittsentwicklung, wenn dieselbe Zeitschrift unter dem 17. April folgenden Auslassungen Raum gibt: „Daneben gibt es eine Fülle von wissenschaftlich und künstlerisch wertvollen Arbeiten, die infolge des Mangels an Mitteln nicht gedruckt werden können und aus infolge des Mangels einer nur einigermaßen gesicherten Rentabilität. Diese Rentabilität könnte durch Druckkostenzuschüsse gesichert werden. Es gibt zahlreiche Verleger, die ein solches Gestalt verringertes Risiko auf sich nehmen würden. Und es gäbe noch mehr Buchdrucker, die solche Aufträge übernehmen wollten gegen die Verpflichtung, zu ihrer Bewältigung in angemessenem Umfang Arbeitslose einzustellen.“

Die Ursachen dieser Sinneswandlung — sofern eine solche überhaupt notwendig war — sind unklar zu erkennen. Zu Beginn des Jahres drohte die unternehmerseitige Lohnabbauaktion durch Subventionspolitische Maßnahmen empfindlich gestört zu werden. Der ganze Erfolg der seit langem vorbereiteten Angriffe auf das Lohnniveau konnte durch eine Politik der Lohnsubventionen ernsthaft in Frage gestellt werden. Das öffentliche Interesse hätte sich vorwiegend den Subventionspolitischen Fragen zugewendet, wodurch die psychologische Plattform der Lohnsenkungspolitik fast ins Schwanken geraten wäre. Der künstlich hochgezogene Glaube weiter Volkstriebe an die alleinige Selbstkraft des Lohnabbaus, an die unbedingte Notwendigkeit zur Anwendung gerade dieses Mittels wäre von folgenreicheren Zweifeln angegriffen worden. Und das Wesentlichste: durch Lohnsubventionen wären die angeführten Gründe für die angebliche Notwendigkeit der Lohnsenkung weitgehend hinfällig geworden; man kann dem Arbeiter nicht die Löhne kürzen, wenn man von anderer Seite die Lohnanteile, die man einsparen möchte, geschenkt bekommt.

Die erste Lohnsenkungsaktion ist, im großen gesehen, abgeschlossen. Man konzentriert den Angriff auf das Lohnniveau wieder auf den Betrieb. Das Unternehmertum ist sich bewußt, daß ein neuer, als ein e i n e r Vorstoß vorerst nicht gewagt werden kann, wenn man nicht die antikapitalistischen Kräfte im Volk gefahrlos verstärken und so höchster Leidenschaft aufpassen will. Und nun, da eine im Gange befindliche Lohnabbauaktion durch Subventionspolitische Maßnahmen und Gebantengänge nicht mehr gestört werden kann und da man hofft, die zu erlassenden Vorteile der Lohnsubventionen bis zum Beginn der nächsten Lohnabbauaktion vergessen machen zu können, greift man allmählich vorläufig auf die Möglichkeit zur Steigerung der Profite zurück, die man zu Jahresbeginn noch notgedrungen um weitergesteckter Ziele willen von sich weisen mußte. Mit großer Wahrscheinlichkeit steht zu erwarten, daß sehr bald schon immer größere Kreise im Unternehmertum die Parole: Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch Lohnsubventionen, aufgreifen und sich bemäßen werden, mögliche Vorteile nach besten Kräften wahrzunehmen. Inwieweit derartige Vorhaben Aussicht auf Erfolg haben, wird abzuwarten sein. Damit muß jedenfalls ernsthaft gerechnet werden, daß das Unternehmertum diese Möglichkeit, sich für das vorläufige Unterbleiben einer weiteren allgemeinen Lohnsenkung zu entschließen, keinesfalls ungenutzt vorübergehen lassen wird; man wird gegebenenfalls sorgsam darüber zu wachen verstehen, daß die Wiedereinstellung von Arbeitslosen von einem gleichzeitigen Anschwellen der Rentabilität begleitet wird. Was für die Unternehmer ja schließlich immer noch der Zweck der Übung ist. Es wäre eine grenzenlose Illusion, anzunehmen, den Unternehmen sei es lediglich darum zu tun, den Arbeitslosen zu helfen. Freilich ist man für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen, die man herausgeworfen hat, weil sie die Höhe des Profits beeinträchtigen; jedoch nur, wenn eine „angemessene Rentabilität“ der Arbeiten, mit denen man die wieder eingestellten Arbeitslosen beschäftigen will, gewährleistet wird. Das bedeutet aber auf der anderen Seite: Verwendung von Mitteln der Arbeitslosenversicherung zur Aufbesserung der Unternehmergewinne. Und darin wäre eine so bedeutende Erscheinung zu erblicken, daß die Rücksicht darauf für die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Frage der Lohnsubventionen mitbestimmend sein muß.

Darüber, daß die Lohnsubventionen als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht anzusehen sind, gibt es keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten. Die Arbeitslosigkeit war da, bevor die Arbeitslosenunterstützung da war, und die Mittel für die Arbeitslosenunterstützung mußten ja gerade deshalb aufgebracht werden, weil die Arbeitslosigkeit bereits bestand. Wenn man deshalb annehmen wollte, die Arbeitslosigkeit sei zu beseitigen, indem man die Ausgaben für Unterstützungen in Form von Lohnsubventionen in die Wirtschaft, aus der sie kommen, zurückführt, so müßte man schon die Arbeitslosenunterstützungen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Und das hieße die Wirkung mit der Ursache verwechseln. Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Absatzkrise, und es kann sich bei allen Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur darum handeln, den Absatz zu erweitern oder vorhandene, bisher ungenutzte Absatzmöglichkeiten wahrzunehmen. Und solche Möglichkeiten können durchaus noch vorhanden sein.

Die Gewerkschaften, als Sachwalter auch der arbeitslosen Arbeiterschaft, dürfen es sich jedoch nicht gestatten, Lohnsubventionen einfach nur deshalb abzulehnen, weil

das Unternehmertum daraus für sich Vorteile zu erlangen hofft. Sie müssen vielmehr sorgfältig prüfen, welche Möglichkeiten zur Erweiterung des Absatzes und damit zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch Lohnsubventionen tatsächlich gegeben sind. Allerdings unter entscheidender Berücksichtigung der Frage, ob dadurch nicht auf der anderen Seite Nachteile entstehen, die schwerer wiegen als die möglichen Vorteile. Würde man z. B. gemäß den in der „Zeitschrift“ unterbreiteten Vorschlägen Lohnsubventionen gewähren für künstlerisch und wissenschaftlich wertvolle Arbeiten, deren Ausführung gegenwärtig nur wegen des Mangels an Mitteln und der fehlenden Garantie für eine angemessene Rentabilität unterbleibt, so wäre mit tödlicher Sicherheit zu erwarten, daß das gewerbliche Unternehmertum zukünftig für fast alle Arbeiten mit der gleichen Begründung Druckkostenzuschüsse beanspruchen würde, zumal die Berechtigung derartiger Ansprüche im einzelnen gar nicht nachzuprüfen ist. Die Folge wäre eine ungeheuerliche Verschleuderung der Mittel der Arbeitslosenversicherung zugunsten einer „angemessenen Rentabilität“, die den Arbeitslosen keine durchgreifende Hilfe bringen, die Unterstufungsmöglichkeiten jedoch ernsthaft gefährden würde. Auf derselben Linie liegen jene berühmten Auslandsaufträge, die begünstigt werden sollen, wenn die Gefahr besteht, daß sie im anderen Falle der deutschen Wirtschaft verloren gehen. Nur, daß hier schon eher Ausnahmen denkbar und festzustellen sind. Für diese Ausnahmen wird jedoch bereits in hinreichender Weise gesorgt durch regierungsseitige Subventionen, von denen man im Interesse der Sache am besten so wenig als möglich spricht.

Je eingehender man die Dinge vom gewerkschaftlichen wie auch vor allem vom Standpunkte der Arbeitslosen aus prüft, um so mehr bricht sich die Überzeugung Bahn, daß Lohnsubventionen nur für solche Arbeiten gewährt werden dürfen, die nicht irgendwie mit Rentabilitätsinteressen verquickt sind, das heißt solche Arbeiten, bei denen die Zuschüsse reiflos für die Beschäftigung von Arbeitslosen Verwendung finden. Und dieses Erfordernis kann nur Erfüllung finden bei Arbeiten, die im Interesse der Gesamtheit ausgeführt werden. Der industrielle Westen schreit nach dem Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, die Südländer Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands warten auf ihre Urbarmachung, und so gibt es noch viele der Arbeiten, die den Aufwand lohnen, wenn das Profitteresse ausgeschaltet bleibt und — wenn bürokratischer Klüffel, Korruption und politische Nebenabsichten reaktionärer Kreise ferngehalten werden. Hier liegen die Aufgaben und Möglichkeiten zur Wiedereinreihung der Arbeitslosen in die produktive Wertschöpfung. Durch Arbeiten planwirtschaftlicher Art können die Opfer des dynamischen Kapitalismus wieder Arbeit und Brot finden; vielleicht nur durch sie.

Die verhehlte Rationalisierung

Zweifellos hat die bisherige Rationalisierung die privaten Produktionskosten der Unternehmungen verringert, dafür aber die gesellschaftlichen Produktionskosten vermehrt und dadurch das an und für sich vernünftige Streben nach Arbeitszeit- und Kräfteparnis unter dem Begriff der Rationalisierung ins Gegenteil verandelt.

Die kapitalistische Produktion beruht auf dem ständigen Verkauf von Arbeitskraft an den Unternehmer, der jedoch den Arbeiter nur so lange bezahlt, als er den Arbeiter beschäftigt. Braucht der Unternehmer nicht mehr die Arbeitskraft, so entläßt er den Arbeiter. Aber auch dann muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitskraft arbeitsfähig bleibt, um zur Verfügung zu stehen, sobald sie wieder gebraucht wird. Die Kosten, die durch Arbeitslosenversicherung, öffentliche Fürsorge, oder private Wohltätigkeit dafür entstehen, daß die Arbeitskraft auch während der Zeit der Arbeitslosigkeit in arbeitsfähigem Zustand erhalten bleibt, bilden nicht einen Bestandteil der Produktionskosten der einzelnen Unternehmung, sondern sind gesellschaftliche Produktionskosten, die die Gesamtheit aufbringt. Gesellschaftliche oder privatkapitalistische Produktionskosten unterscheiden sich also dadurch, daß jene die Kosten der Erhaltung der Arbeitskraft einschließen, diese dagegen nicht. Die Rationalisierung ist nicht die Folge einer falschen Rechnung der einzelnen Unternehmer, sondern ist begründet im kapitalistischen Lohnsystem, in der Tatsache, daß im Kapitalismus die Arbeitskraft eine Ware ist, die der Unternehmer so lange kauft, als er sie braucht.

Es ist das Kennzeichen der kapitalistischen Rationalisierung, daß zwar für die einzelne Unternehmung eine Ersparnis an Produktionskosten eintritt, dagegen die gesellschaftlichen Produktionskosten in vielen Fällen erhöht werden. Otto Bauer (Wien) weist diese Wirkung an drei Formen nach, in denen sich gegenwärtig der Rationalisierungsprozeß vollzieht: 1. bei der technischen Rationalisierung, 2. bei der Rationalisierung der Arbeitsverfahren und 3. bei der Rationalisierung der Wirtschaftsführung.

Die technische Rationalisierung bezweckt die Ersparung von Arbeitskraft. Sie erfolgt vor allem durch die Einführung arbeitssparender Maschinen, bedeutet daher für das Unternehmen ein Anwachsen der sogenannten fixen Kosten. Sie wird nur vorgenommen, wenn der Mehraufwand an fixen Kosten geringer ist als der Ersparnis an Arbeitslohn. In diesem Fall ist die technische Umstellung für den Kapitalisten vorteilhaft, sie bringt eine Senkung seiner Produktionskosten. Er wird diese technische Umstellung auch dann durchführen, wenn die Löhnerparnis nur um ein Geringses größer ist als der Mehraufwand für Einstellung und Betrieb der Maschine. Gerade die Ra-

tionalisierung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Rationalisierung immer härter bis an die Grenze getrieben wird, wo die gestiegenen fixen Kosten beinahe genau an die Lohnspartenerparnis heranziehen. Das bedeutet aber, daß die kapitalistische Rationalisierung immer die Tendenz in sich trägt, vom Standpunkt der Gesellschaft aus zur Fehlrationalisierung zu werden, indem die technische Umstellung nicht eine Senkung, sondern eine Erhöhung der gesellschaftlichen Produktionskosten im Gefolge hat. Ist die Ersparnis an Lohnkosten gegenüber dem Mehraufwand, an Verzinsung und Amortisation in der einzelnen Unternehmung nur geringfügig, so ist das zwar vom Standpunkt privatkapitalistischer Kostenrechnung durchaus gerechtfertigt, nicht aber vom Standpunkt gesellschaftlicher Kostenrechnung. Denn die Aufwendungen, die jetzt für Arbeitslosenunterstützung, außerdem für Zwecke der Umschulung oder Umfiederung der freigesetzten Arbeitskräfte notwendig werden, übersteigen in aller Regel die Ersparnis an Produktionskosten im Betrieb. Fehlrationalisierungen, die nur dem privaten Profitteresse dienen, dagegen der Gesamtheit mit wachsender Arbeitslosigkeit und wachsender Fürsorge last nur Opfer aufbürden, sind in der kapitalistischen Wirtschaft auf der Tagesordnung.

Am ehesten können noch die üblichen Folgen der kapitalistischen Rationalisierung in Zeiten der Konjunktur, des Wirtschaftsaufschwungs vermieden werden, in denen es gelingen dürfte, verhältnismäßig schnell die freigesetzten Arbeitskräfte in anderen Unternehmungen oder Berufen unterzubringen. Viel katastrophaler in ihren Folgen ist die Fehlrationalisierung in Zeiten der Depression, vor allem in Ländern mit überfülltem Arbeitsmarkt. Hier bleiben die freigesetzten Arbeitskräfte oft jahrelang arbeitslos, wie wir es gegenwärtig in Deutschland, England, Österreich usw. erleben. In wachsenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und erhöhten Steuern zeigt sich die Un Sinnigkeit einer Ordnung, in der Wohlfahrt, Sinn und soziale Gerechtigkeit in erbitterten Kämpfen gegen „Steuern und soziale Lasten“ wehren sich die Kapitalisten dagegen, daß ihnen die Rationalisierungsgewinne weggefeuert werden und dadurch sich ihre Rationalisierung eines Lages auch für sie als Fehlrationalisierung erweist, was letzten Endes doch nicht aufzuhalten ist.

Die Rationalisierung der Arbeitsverfahren hat die Steigerung der Intensität der Arbeit zum Ziel. Im Kapitalismus wird die Steigerung der Stundenleistung bezahlt mit Verkürzung der Zeitdauer, während der der Mensch arbeitsfähig bleibt. Das ist gesellschaftlich gesehen ebenfalls Fehlrationalisierung, denn es ist ein Verlust für die Gesellschaft, wenn der Arbeiter bereits in mittleren Jahren durch vorzeitige Abnahme seiner Leistungen in seinem Arbeitswert sinkt oder überhaupt arbeitsunfähig wird. Den Kapitalismus interessiert nur die Stundenleistung der Arbeitskraft, deren Erhöhung auch dann noch erstrebt wird, wenn diese Leistungssteigerung mit Raubbau am Menschen bezahlt wird, die Lebensleistung der Arbeitskraft bleibt außerhalb des kapitalistischen Gesichtsfeldes. Auch hier liegt wiederum die Ursache der Fehlrationalisierung im kapitalistischen Lohnsystem. Der Unternehmer streift den Gewinn aus der Intensivierung der Arbeit ein, überläßt es aber der Gesellschaft, die Kosten dieser vermehrten Arbeitsanstrengungen in Gestalt von Invaliden- und Altersrenten, Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen zu bezahlen.

Die Rationalisierung der Wirtschaftsführung wird ebenfalls in vielen Fällen Ursache von Fehlrationalisierungen. Für den Unternehmer ist es häufig vorteilhafter, die Aufträge saisonmäßig auf kurze Zeiträume zusammenzufassen, statt sie gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen. Er spart erhebliche Zusatzkosten bei solchen Waren, die nur zu bestimmten Zeiten, wie etwa Weihnachten, Ostern, Frühjahr usw., abgesetzt werden können. So schuf die kapitalistische Kostenrechnung neben den alten Saisonindustrien, in denen die Arbeit infolge Abhängigkeit von der Witterung auf bestimmte Jahreszeiten konzentriert werden mußte, wie bei der Landwirtschaft und bei dem Baugewerbe, umfangreiche neue Saisonindustrien. Daß dadurch wieder ungeheure Verluste an Arbeitszeit, an Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung usw. entstehen, interessiert den einzelnen Kapitalisten wenig, der ja für diese Beträge nicht aufkommen braucht, sondern die Sorge dafür wiederum der Gesellschaft überläßt.

So lehrt die kapitalistische Ordnung die Rationalisierung, die die Vermehrung des gesellschaftlichen Güterreichtums zum Ziel hat, in ihr Gegenteil. Denn nur dann vermehrt gesteigerte Produktivität der Arbeit den gesellschaftlichen Güterreichtum, wenn die durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte sofort zur Erzeugung neuer Gütermengen, sei es derselben oder anderer, Verwendung finden. Das kapitalistische Lohnsystem vermag diese schnelle Aufsaugung der Arbeitskräfte nicht durchzuführen, so daß die kapitalistische Anarchie immer wieder dazu führt, daß der durch Rationalisierung erzielte Güterzuwachs hinter jener Gütermenge zurückbleibt, die die Gesellschaft zur Erhaltung der durch die Rationalisierung brauch liegenden Arbeitskräfte benötigt. In einer sozialistischen Gesellschaft, in der alle Betriebe dem Staat gehören, der zugleich die Fürsorge für die brachliegenden Arbeitskräfte zu tragen hätte, würde allein die gesellschaftliche Kostenrechnung ausschlaggebend sein. Hier würde das Tempo der Rationalisierung bestimmt durch die Möglichkeit, in dem die durch die Rationalisierung entbehrlich gewordenen Arbeiter in anderen Produktionszweigen und Betrieben untergebracht werden können. Die Rationalisierung würde nicht prunghaft, sondern stetig und ohne anhaltende Massenarbeitslosigkeit durchgeführt werden. Die Intensivierung der Arbeit würde in jenen Grenzen bleiben, die die Menschenökonomie vorschreibt, und den Raubbau am Menschen verhindert. Den älteren Ar-

beitern würden die leichteren Berufe und Tätigkeiten vorbehalten bleiben und so der Eintritt der Arbeitslosigkeit möglichst weit hinausgeschoben werden. Die Arbeit würde möglichst gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt und die Saisonarbeitslosigkeit auf das durch die Naturbedingungen der Produktion unvermeidlich bestimmte Mindestmaß beschränkt werden. Der Kapitalismus ist heute — und das ist die Schlussfolgerung Otto Bauers — eine Fessel der Produktivkräfte geworden. Nur von einer Hinwendung der Wirtschaft zur sozialistischen Gemeinwirtschaft kann eine Überwindung der Krise und eine Förderung der Produktivität zum Zweck der gesellschaftlichen Wohlstandssteigerung erwartet werden. E. K.

Wirtschaftskämpfe und Klassenverhältnisse

Warum erzielt die Arbeiterklasse heute bei den Wirtschaftskämpfen nur so geringe Erfolge? Verjagt man diese Frage zu beantworten, dann darf man die Wandlungen, die sich im Laufe der letzten Jahre in der Wirtschaft, in der sozialen und politischen Struktur der Gesellschaft und auch bei den Wirtschaftskämpfen vollzogen haben, nicht übersehen. Nur in diesem Zusammenhang wird man erfahren können, warum die Gewerkschaften trotz großen Kraftaufwandes nur so geringe oder gar keine Erfolge erzielt haben. Der ungünstige Ausgang der Wirtschaftskämpfe während der Krise hat eben seine tiefen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen.

Das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung schreibt der Wirtschaft und Gesellschaft ein ewiges Werden und Vergehen vor. Dauernd verändern sie sich. Die Klassenverhältnisse sind immer in Fluss. Auch die Machtverhältnisse der Klassen sind keine feste Größe, sie verändern sich ebenfalls. Es gibt keine dauernde Stabilisierung eines bestimmten Zustandes. Die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital sind heute wesentlich anders als in den ersten Nachkriegsjahren. Nach dem Weltkrieg war der Kapitalismus wirtschaftlich bedeutend geschwächt. Die kapitalistische Klasse hatte an Macht verloren. Lange hielt aber dieser Zustand nicht an. Sobald die Wirtschaft sich von den schweren Erschütterungen erholen konnte, begann sie sich in allen Teilen wieder zu beseitigen. Schritt für Schritt erhöhte sich die Rentabilität der Wirtschaft. Die Ertragsfähigkeit wurde gesteigert. Solange der Lohn niedrig war, weit unter dem Vorkriegszustand lag, wurde wenig Wert auf die Verbesserung der Produktionsmethoden gelegt. Aber als die Inflation überstanden war, die Gewerkschaften wieder die Löhne erhöhen konnten, trieb dieser Druck den Kapitalismus unaufhaltsam vorwärts. Der unerbittliche Konkurrenzkampf zwang zur raschen Konzentration des Kapitals. In riesigen Schritten ging es vorwärts. Die Arbeiterklasse beugte durch ihre Lohnkämpfe die Profitrate des Kapitals. Das Kapital verträgt aber auf die Dauer keine Beschränkung der Profitrate, es suchte diese durch Erhöhung der Profitmasse auszugleichen. Man suchte die Produktivität der Arbeit durch technische Verbesserung der Produktionsmethoden zu erhöhen. Durch die Rationalisierung stieg die Profitrate wieder. Technischer Fortschritt zwingt aber zur hohen Konzentration des Kapitals und zum größten Wachstum, weil ein größerer Kapitalaufwand notwendig ist. Rationalisierung bedeutet für die Wirtschaft höhere fixe Untkosten, höhere organische Zusammenfassung des Kapitals; das heißt, die Untkosten für menschliche Arbeitskraft fallen im Produktionsprozess, weil weniger notwendig ist, dagegen steigern sie für Maschinerie und Produktionsanlagen. Das rasche Wachstum des Kapitals — durch die relativ größere Ausbeutung ermöglicht — erlaubt eine bedeutend höhere Konzentration. Ungeheure Kapitalmassen haben sich so in den Händen einer kleinen Schicht von Menschen zusammengeballt. Monopolistische Organisationen bildeten sich, um die Konkurrenz, das Kapitalrisiko der kapitalistischen Wirtschaft auszusparen. Durch die Rationalisierung ist die Erzeugungsfähigkeit und der Ertrag der Wirtschaft beträchtlich gestiegen. In den Jahren der



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Klünger in Heidelberg
Eingetreten: 1. Mai 1871 — Seht Inwalde

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Bruno Lühmann in Leipzig
Eingetreten: 23. April 1881
Seht Inwalde



Georg Bösmann in Cleve
Eingetreten: 1. Mai 1881
Seht Inwalde



Karl Rißke in Berlin
Eingetreten: 2. Mai 1881 — Seht Inwalde



Hochkonjunktur 1927 bis 1928 wurde der Produktionsstand von 1914 beträchtlich überschritten. Der aus der erhöhten Rationalisierung und Produktivität der Arbeit fließende Mehretrag der Wirtschaft kam nur der Kapitalistenklasse zugute. Während der Kapitalismus ökonomisch wieder erstarke, sah sich Monopolkapitalismus entwickelte, mußte auch unbedingt eine Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital eintreten. Konzentration heißt auch Machtverschiebung. Und so hat diese Machtverschiebung sich politisch und gesellschaftlich ausgewirkt. Wir fühlen bei allen Wirtschaftskämpfen heute die Machtgewinnung des Monopolkapitalismus sehr deutlich.

Für die wirtschaftliche Wiedererstarbung ist die Entwicklung der Produktion, das Wachsen der Produktivkräfte, das Volkseinkommen, die Kapitalkonzentration, die Kapitalbildung und das Wachstum der Wirtschaft kennzeichnend. Der Produktionsindex gibt das Wachsen der Produktion und Wirtschaft wieder.

Produktionsindex der deutschen Gesamtproduktion 1913 100

1913	1925	1926	1927	1928	1929	1930
100	92,9	70,7	123,8	119,1	101,8	87,4

Das Wachsen der Produktivkräfte spiegelt sich sehr deutlich in der Produktion von Stahl, Roheisen und Steinkohle wider.

Produktionsindex der deutschen Gesamtproduktion 1913 100

1913	1925	1926	1927	1928	1929
100	92,6	88,0	120,2	108,2	129,3
100	102,5	104,2	137,4	123,9	138,5
100	119,4	125,1	133,5	139,0	148,5

(Steinkohle und Braunkohle zusammen).

Aus der Produktionssteigerung muß sich notwendigerweise auch ein Wachsen des Volkseinkommens ergeben.

(nach Stat. Reichsamt) Volkseinkommen (in Mdn. Mark)

1913	1926	1928	1929
42	56	70	72

Schätzung von sozialistischen Statistikern (auf den Wert von 1913 umgerechnet)

1913	1925	1928	1929
42 Mdn.	36,5 Mdn.	49,1 Mdn.	50,1 Mdn.

Das Volkseinkommen ist nach dieser Wertberechnung von 1913 um 20 Proz. gewachsen. Der Lohn des Arbeiters hat im Durchschnitt heute den Stand von 1913 erreicht. 1913 kam im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung ein Einkommen von 720 M., 1925 gleich 585 und stieg bis 1928 auf 770, bis 1929 auf 780 M. des Wertstandes von 1913. Obwohl das Volkseinkommen von 1913 bis 1929 um 20 Proz. insgesamt, pro Kopf ebenfalls von 720 auf 780 M. gestiegen ist, merkt der Arbeiter bei seinem Reallohn bis jetzt nichts von der Ertragssteigerung der deutschen Wirtschaft. Der Mehretrag der Wirtschaft durch Steigerung der Produktivität ist nur der bestehenden Klasse zugeflossen. Das Aktienkapital, was im allgemeinen das Großkapital der deutschen Wirtschaft umfaßt, ist 1913 = 17,5, 1925 = 19,25 und 1930 24,19 Milliarden Mark gewesen. Auch hier spiegelt sich ein Stück wirtschaftlicher Konzentration und Wiedererstarbung ab.

Die Kapitalbildung der Wirtschaft betrug (in Milliarden Mark):

1913	1925	1926	1927	1928
6 bis 7 (*10)	6	8	9	9,5

* Wertstand von 1920/30 umgerechnet.

Alle diese Wirtschaftszahlen geben einen bedeutenden Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft an. Bei diesem Aufstieg hat der Kapitalismus bedeutend an Macht gewonnen.

Die Stabilisierung und der Aufstieg war von einer raschen Rationalisierung begleitet, welche wesentliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hervorrief. Weiter mußte die rasche Kapital- und Konzentration soziale Umstellungen in der Gesellschaft mit sich bringen. Die Zahl der Arbeiter hat sich in den letzten Jahrzehnten besonders schnell vergrößert, weil stark besetzte Geburtenjahrgänge in das Erwerbsleben traten. Das Heer der Arbeiter

Zehn Jahre Akademie der Arbeit

In der der Universität Frankfurt a. M. angegliederten Akademie der Arbeit, die Anfang Mai 1921 ihre lehrreiche Tätigkeit begann, besitzen wir die erste und einzige Arbeiterhochschule, die zu einem nicht mehr entbehrlichen Bestandteil der wissenschaftlichen Durchbildung im Sinne einer sozialaktiven Leistungsaufgabe wurde. Ihre materielle Existenz, ihre verwaltungstechnische Organisation beruht auf einem Vertrag des Preussischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit den Spitzenverbänden der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen. Die Akademie stellt in ihrer pädagogischen Zielsetzung eine ganz neuartige, durch die Staatsumwälzung von 1918 dringlich gewordene Hochschulform dar. Zum Unterschied zur freien Erwachsenenbildung ist sie keine Stätte individueller Begabtenförderung, die die privaten Neigungen privater Personen befriedigt (wie es wohl Aufgabe der Volkshochschulen ist), sondern hat eine gesellschaftlich politische Mission zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es, berufstätige Menschen unter Ausnutzung jeglicher privilegierter Vorrechte hochschulmäßig zu bestvorbereiteten Mitarbeitern des öffentlichen Lebens, vor allem der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeiterklasse, zu disziplinieren.

In einem Brief an einen Ministerialvertreter aus dem Jahre 1921 hat der Leiter des ersten Lehrganges der Akademie, Professor Dr. Eugen Rosenstock, die Besonderheit des pädagogischen und gesellschaftlichen Standorts, von dem aus die Arbeit unternommen wird, umschrieben: „Die Anstalt nimmt den Besucher als Repräsentanten seiner Klasse, die Arbeiterklasse selbst aber als Repräsentantin

des ganzen Volkes. Jedem Erwachsenen täte das not und gut, was hier den Erwachsenen geboten werden soll, die es zweifellos am notwendigsten haben, nämlich denen, die bisher in ihrer Entwicklung keinen bestimmenden Lebensabschnitt gekannt haben. Es handelt sich also nicht um einen Ausflücht einzelner Begabter in andere, 'höhere' Sphären, sondern um Volkshochschule der Klasse, die an einzelne Individuen zuerst verwickelt wird.“ Aus dieser sozial-psychologischen Bestimmung der Bildungsaufgabe wird auch der Unterschied zu den benachbarten Partei- und Gewerkschaftsschulen, die aus naheliegenden Gründen ihre Besucher für eine ungleich größere Zweckerfüllung aktivieren müssen, ersichtlich. Die Akademie will diese Zweckbestimmtheit, die im wesentlichen auf eine mehr technische Schulung bedacht sein muß, benutzt erweitern, und ihre Hörer zu einer aus freiem Entschluß hervorgehenden politischen und sozialaktiven Leistung befähigen. Die Eigenheit ihrer wissenschaftlichen lebensnahen Bildungsordnung läßt sie zu einem Mittelstück zwischen Universität, Partei-, Gewerkschafts- und Volkshochschulen werden. Rosenstock schreibt in dem oben zitierten Brief: „Von allen (gemeint sind die genannten Schulformen. Der Verfasser) sollte sie notwendige und wichtige Bestandteile enthalten: Von der Universität die Lauterkeit des Gedankens, von der Volkshochschule die überfachliche Einstellung, von den Betriebsrätterschulen das energische Anpacken der sozialen Wirklichkeit, von der Partehochschule die politische Lebendigkeit.“

Ausgangspunkt ihrer pädagogischen und wissenschaftlichen Bemühungen ist die reale Macht der Arbeitswelt. Das Erkennen dieser Arbeitswelt in ihrer ganzen Weiräumigkeit bewahrt die Akademie vor dem Abgleiten in ein bloßes Theoretisieren. Ihre Arbeit ist nothaft bestimmt:

alle Schüler sind ja das Opfer ihrer sozialen Gebundenheit. Sich aus dieser zu befreien, geistig die soziale Wirklichkeit, deren Träger sie sind, zu gefalten, wird als die wesentliche Aufgabe empfunden. Daß dies nicht mit Phrasen oder fertigen Merkwortrezepten unternommen werden kann, beweist die tragische Ferienszeit des politischen Lebens. Die Akademie betreibt nicht die Ausmünzung der Wissenschaft für praktische Zwecke, genügt sich nicht in der Organisation von Spezialkenntnissen, sie bemüht sich um die Steigerung der Fähigkeiten, um die Vermittlung eines systematisch erarbeiteten Überblicks und, was das Wichtigste ist, um tieferes Eindringen in die Zusammenhänge und Ordnungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Sie empfindet es als ihre Pflicht, dem Geist der freien, nicht zweckhaft gebundenen Wissenschaftlichkeit mit den sozialen Funktionen im Dienste der Allgemeinheit zu verbinden. Erziehung zur unerbittlichen Sachlichkeit, zur sozialen Verantwortung abelt das Wirken dieser Anstalt.

Neun Monate lang fordert sie von ihren Hörern die innere Bereitschaft zur Bewältigung dieser Aufgaben. Der Lehrplan, der stets an der Erfahrungswelt des Arbeiters orientiert ist, stellt die wesentlichsten Vorbergründungsfragen, wie Wirtschaftslehre, Rechtslehre (unter Benennung des Arbeitsrechts), Staatslehre und Politik, Gesellschaftslehre und Sozialpolitik, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Ergänzt werden diese Arbeitsgebiete, die in arbeitgemeinschaftlichen Formen, Vorträgen und seminaristischen Übungen behandelt werden, durch Einzelvorträge, die auch periphere Probleme erörtern. Eine wichtige Funktion innerhalb des gesamten Lehrprogramms haben die Führungen und Besichtigungen, wirtschaftliche Exkursionen und

bekam weiter starken Zugang aus dem durch die Inflation und der schnellen Konzentration beschleunigten Proletarisierungsprozeß. In den letzten fünf Jahren nahmen die Erwerbsfähigen um über zwei Millionen zu. Gewiß, die Erwerbsfähigen sind nicht alles Arbeiter. Aber diese Zunahme kommt in Wirklichkeit nur ausschließlich auf die Arbeiter. Das rasche Wachstum der Arbeiterzahl hatte zur Folge, daß ein großer Prozentsatz davon in den Produktionsprozeß nicht aufgenommen werden konnte. Diese überflüssigen Arbeitskräfte wurden durch die rasche rudewise Rationalisierung, welche auch noch Arbeiter freisetzte, vermehrt. Außer den Dauerarbeitslosen wird der Arbeitsmarkt gegenwärtig durch die Konjunkturarbeitslosen belastet.

Die Rationalisierung hat immer die Tendenz, Arbeitskräfte freizusetzen. Je stärker aber der Monopolkapitalismus ist, um so mehr muß die Rationalisierung Arbeitskräfte freisetzen. Denn wie kann der aus der Rationalisierung fließende Mehrerwerbsvertrag als Massenkaufkraft auf dem Markt erscheinen, wenn der Monopolkapitalismus auf der einen Seite durch den Monopolpreis zahlungsunfähige Nachfrage vernichtet und auf der anderen Seite keine Steigerung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung, Preisabbau oder Arbeitszeitverlängerung zuläßt? Durch die Rationalisierung soll der Profit wieder erhöht werden und ein größeres Angebot von Arbeitskräften ein Arbeitslosenheer geschaffen werden, das einen stärkeren Druck auf den Lohn erlaubt. Es kann dagegen eingewendet werden, daß die Rationalisierung nur eine Verchiebung der Arbeitskräfte von einem Industriezweig in den anderen verurlicht, das ist aber auch nur möglich, wenn eine Markterweiterung stattfindet. Und da sind heute sehr enge Grenzen gesetzt; darum ist es eben größere Massen an Arbeitskräften frei. Eine industrielle Reservearmee wird jedem Lohnkampf gewisse Grenzen ziehen, muß als Hemmschuh wirken. Gewiß, der Lohnkampf ist ein Machtkampf. Aber jeder Machtkampf findet da Schranken, wo ein großes Arbeitslosenheer mit einem Angebot von Arbeitskräften aufwartet. Ein Dauerarbeitslosenheer wird immer eine Monopolisierung auf dem Arbeitsmarkt unwirksam machen, weil die soziale Not zur Schmutzkonkurrenz zwingt. Die Gewerkschaften können diesen Druck auf den Arbeitsmarkt nicht verhindern, sie können ihn höchstens durch die Nachtausübung über die Regulierung des Angebots und der Nachfrage mildern. In einer solchen Situation des Arbeitsmarktes wird der Lohn nicht, als Preis der Ware Arbeitskraft, relativ steigen können, er wird dann immer unter seinem wahren Wert liegen. Auch der Lohnkampf der Gewerkschaften wird keine großen Erfolge bringen. Diese Last muß man bei jedem Wirtschaftskampf mit ins Auge fassen. Genau so wenig wird heute während der Krise eine Gewerkschaft in der Lage sein, bei einem fünf Millionen Arbeitslosenheer, den Lohnabbau ganz zu verhindern, sie kann ihn aber bestimnt hemmen. Tut das die Gewerkschaft, dann hat sie eine wichtige Funktion erfüllt. Man kann darum der Gewerkschaft keinen Vorwurf machen, sie kann eben die auf den Arbeitsmarkt wirkenden Gesetze nicht aufheben, sie kann sie nur beeinflussen.

Nun taucht noch ein drittes Moment bei den Wirtschaftskämpfen auf: das staatliche Schlichtungswesen. Es hat bestimmt seine Vorteile, aber auch eine Reihe Nachteile. Schwache Gewerkschaften haben ihren Nutzen dabei, dagegen werden aber die großen starken Gewerkschaften bei allen Wirtschaftskämpfen in ihrer Bewegung und ihrem Schwung gehemmt, sobald ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt ist. Die Hastpflicht und Schädenerückspflicht, bei Nichtbeachtung des gefällten Schiedspruchs, inmitten eines entbrannten Kampfes, hat den Gewerkschaften schon eine Summe Geld gekostet, ist immer für starke Gewerkschaften eine Fessel im Lohnkampf. Das Schlichtungswesen versucht die Ergebnisse aller Lohn- und Wirtschaftskämpfe zwischen

Arbeit und Kapital auf ein durchschnittliches Niveau zu bringen, raubt der Gewerkschaft, äußerlich gesehen, den Sieg im Kampf, die Lohnerhöhung, ihre wichtigste Aufgabe. Viele indifferente Arbeiter setzen darum nicht mehr die zwingende Notwendigkeit, Mitglied der Gewerkschaften zu werden.

Sieht man diese Wandlungen, dann begreift man auch, warum heute bei all den Wirtschaftskämpfen keine großen Erfolge erzielt wurden. Heute ist die Formel maßgebend geworden: Großer Kräfteaufwand — geringer Erfolg. Es kostet allerhand Erziehungs- und Schulungsarbeit, um alle Gewerkschaftsmitglieder für einen derartigen intensiven, zähen Kampf reif zu machen.

Auf die Dauer wird dieser Zustand nicht mehr erträglich. Die Gewerkschaften müssen bei ihren kommenden Kämpfen nach neuen Kampfmitteln suchen, damit der Aktionsradius ihrer Kampfkraft größer wird. Große Gewerkschaften müssen nach Mitteln und Wegen suchen, damit der Wirtschaftskampf auch weiter geführt werden kann, wenn ungenügende Schiedsprüche gefällt worden sind. Der Wirtschaftskampf muß den veränderten Machtverhältnissen und Wirtschaftswandlungen angepaßt werden. **Zwt.**

Eine unbequeme Statistik

Das deutsche Unternehmertum ist im allgemeinen nicht als besonders feinfühlig zu bezeichnen. Gegenüber den Arbeitern und ihren Gewerkschaften nimmt es sogar recht häufig eine sehr robuste Haltung ein und liebt es, bei gegebener Gelegenheit rückwärtslos seine wirtschaftliche Macht zu zeigen. Die zu verzehrenden Lohnsenkungen und Rationalisierungen bieten hierfür sprechende Belege. Ohne Beachtung der trostlosen Verhältnisse des Arbeitsmarktes und die in den arbeitenden Volksschichten herrschende Notlage werden Ausparungen und Betriebsstillegungen vorgenommen, Tausende von Arbeitern drohtlos gemacht und damit das Millionenheer der Arbeitslosen weiter vermehrt. Was kümmert es den Unternehmer? Wenn es sich um die Erhöhung seiner Gewinnrate handelt, hat er hierfür kein Empfinden. Das Gegenteil tritt jedoch ein, wenn sein Gewinn von einer Schmälerung bedroht ist oder seine Bestrebungen, diesen auf der gewöhnlichen Höhe zu erhalten, auf Widerstände stoßen. In diesem Falle zeigt das Unternehmertum stets eine nahezu bewundernswerte Empfindlichkeit, die freilich nur zu oft den Ausdruck des schlechten Gewissens darstellt, das sich dahinter verbirgt.

Das zeigt auch der Antrag, den die deutschen Unternehmer an das Internationale Arbeitsamt in Genf richteten, in dem sie forderten, die Veröffentlichung der von dieser Stelle herausgegebenen vergleichenden Lohnstatistik einzustellen, angeblich, weil sie nicht zuverlässig sei und ihre Bekanntgabe dazu beitrage, die Beziehungen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften zu veräffeln. Eine geradezu rührende Fäulnis! Nur kann man sie nicht ernst nehmen, weil sie nichts anderes als Heuchelei darstellt! Haben doch die Gewerkschaften wie die Arbeiter noch nichts davon bemerkt, daß die Unternehmer auf derartige gute Beziehungen besonderes Gewicht legen. Das beruht übrigens auf Gegenseitigkeit! Die von den Unternehmern betonten guten Beziehungen wären nur möglich, wenn die Gewerkschaften den Bestrebungen auf Verschlechterung der Lebenshaltung sowie der Arbeitsbedingungen der Arbeiter willfährig entgegenkämen, etwa so, wie sie es von den gelben Gewerkschaften, Werkvereinen und den Nazis gewohnt sind.

Eine derartige Stellung müssen jedoch die Gewerkschaften ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, damit nicht den Beisatz der Unternehmer zu finden. Würden sie anders handeln, so wäre es mit den Rechten und sozialen Errungenschaften der Arbeiter bald vorbei, ihre ungehemmte Aneignung und Ausbeutung die unausbleibliche Folge. Um diesen Preis müssen die Gewerkschaften auf solche guten Beziehungen zu den Unternehmern verzichten! Schon der Anschein derartiger Beziehungen wäre zudem geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaften zu untergraben, was unter allen Umständen vermieden werden muß, weil auf ihnen ihre Schlagkraft und Leistungsfähigkeit beruht.

Die von dem Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen internationalen Lohnvergleiche sind den Unternehmern schon lange höchst unangenehm. Aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie ihre Behauptungen widerlegen, daß die deutsche Industrie in Rücksicht auf die angeblich viel niedrigeren Löhne des Auslandes ihren Arbeitern keine besseren Löhne zahlen könne. Durch diese Statistik wird eine gewisse Klarheit über die in den verschiedenen Ländern bestehenden tatsächlichen Löhne und ihre Kaufkraft geschaffen. Dabei ergibt sich, daß die deutschen Löhne ganz beträchtlich unter den englischen und amerikanischen Löhnen liegen und sogar wesentlich hinter den Löhnen in Dänemark, Schweden und den Niederlanden zurückbleiben. Nur gegenüber Österreich, Italien, Polen, der Tschechoslowakei usw. ist eine Ausnahme zu verzeichnen. In dieser Tatsache ist nicht zu rücheln, und sie aus der Welt zu schaffen, bleibt vergebliches Bemühen! Soweit in der Statistik des Internationalen Arbeitsamts Fehlerquellen vorhanden waren, sind sie durch entsprechende Verbesserungsversuche beseitigt worden. Die Wünsche der deutschen Unternehmer konnten dabei freilich nicht berücksichtigt werden, weil sie zu einer Irreführung der Öffentlichkeit geführt hätten, die Anspruch darauf erheben muß, über die bestehenden Verhältnisse zutreffend unterrichtet zu werden.

Das hindert die deutschen Unternehmer nicht, in der ihnen ergebenden kapitalistischen Presse gegen die von dem Internationalen Arbeitsamt veröffentlichte Lohnstatistik eine wütende Hege zu eröffnen, wobei gegen Einzelheiten gekämpft wird, die infolge der gefälschten Verhältnisse längst

gegenstandslos geworden sind. Es ist die alte Methode, die immer angewendet wird, wenn es für das Unternehmertum gilt, unbequeme Tatsachen aus der Welt zu schaffen oder über sie hinwegzutäuschen. Für die Unternehmer handelt es sich nicht darum, eine wissenschaftliche Grundlage zur objektiven Beurteilung der Löhne in den verschiedenen Ländern der Welt zu erhalten, sondern ihr Zustandekommen zu verhindern. Dabei ist nichts dringender, als Klarheit darüber zu erreichen, in welchem Verhältnis die deutschen Löhne und ihre Kaufkraft zu denen des Auslandes stehen. Läßt sich doch nur auf dieser Grundlage ein einigermaßen zutreffendes Bild darüber erlangen, woran die deutsche Wirtschaft krankt und welcher Art die Mittel sein müssen, sie wieder der Gesundheit entgegenzuführen. Die Unternehmer wollen solche Feststellungen nicht, weil sie sonst zugestehen müßten, daß ihre Lohnsenkungs- und Gehaltsabbaupolitik von den verzerrendsten Folgen für die deutsche Wirtschaft begleitet ist. Das haben freilich die Unternehmer am wenigsten zu verspüren. Um so mehr die Arbeiter und Verbraucher!

Somit sind die Unternehmer nicht gerade Feinde der Statistik. Sie wissen sich ihrer sehr gut zu bedienen. Bei den Lohnverhandlungen vor den tariflichen Schiedsgerichten sowie bei den Schlichtungsausschüssen machen sie davon den ausschlaggebenden Gebrauch. Die Unternehmerrhetorik erweisen sich bei derartigen Gelegenheiten als die raffiniertesten Jährlingsleute. Nur darf man ihren statistischen Zahlentabellen wenig Vertrauen entgegenbringen, da sie meist in einseitiger Weise zusammengestellt sind. Die gleiche Einseitigkeit zeigt sich in den wirtschaftsstatistischen Veröffentlichungen der Unternehmerrhetorik, die der Beeinflussung der breiten Öffentlichkeit zugunsten der Unternehmer dienen sollen. Mit Zahlen kann man belanntlich alles beweisen, man braucht sie nur entsprechend zusammenzustellen! Darin zeigen sich die Unternehmer sowie die ihnen zur Verfügung stehenden Presseorgane stets als unüberkreiffliche Meister. In der Freizügigkeit der Öffentlichkeit haben sie sich noch nie überbieten lassen, wenn es sich um kapitalistische Interessen handelte. Daher auch der Haß gegen alle objektiven Feststellungen, aus denen die Öffentlichkeit die Wahrheit über die bestehenden Zusammenhänge in der Wirtschaft und die Lage der Arbeiter erfahren könnte. **Mattinata.**

Korrespondenzen

Barmen. Unsere Berammlung am 17. April hatte den Besuch von etwa 100 Kollegen zu verzeichnen. Vorsitzender Bellingrath, der auf der Bundeskonferenz des DGB in Bernau weilte, hatte der Berammlung Grüße zugesandt. Kollege Winckler, unser zweiter Vorsitzender, leitete die Berammlung und widmete vor Eintritt in die Tagesordnung drei verstorbenen Kollegen einen warmen Nachruf. Worte des Gedankens galten ebenfalls dem Reichsanwalt a. D. Hermann Müller. Der geschäftliche Teil hatte nur lokales Interesse. Zur Aufnahme gelangte ein Kollege, Bedingung zum Ausschluß gestellt wurden zwei Kollegen. Kassierer Stockinger leitete seinen Bericht Entfaltung erteilt. Unter „Verhabebehem“ interessierte die endgültige Übernahme des Geschäftsvortehrs der Bildergilde durch die Bildungsverbandsgruppe. Ein besonderes Augenmerk bekam unsere Berammlung durch den Vortrag des Gewerkschaftsfollegen Zimmer (Bochum), Redakteur an der „Bergarbeiter-Zeitung“, der über „Falschismus und Gewerkschaften“ sprach. Er führte u. a. aus: Praktische Arbeit ist von den Nationalsozialisten bisher abgelehnt worden, man hat sich nur auf Wrajen beschränkt. Die Arbeit des thüringischen Ministers Dr. Fric war nur Verwaltungsarbeit. Dieser ist ja Mitglied von seinen eignen Anhängern abgelehnt worden. Man hat also vom deutschen Falschismus bis heute keine wirtschaftspolitische Erfahrungen. Um diese kennen zu lernen, ist man schon geneigt, auf das Ausland zu greifen. Da mag uns Italien, auf das sich die deutschen Nazis gern berufen, zum Vorbild dienen. In Italien herrschen nicht etwa Sturm und Rebellion, sondern Ruhe und Ordnung. Aber diese Ruhe ist eine Zuchtschraube. In Italien herrscht eine Wirtschaftsdiktatur. Diese wird durch die mußlosmäßige Wirtsz geschuligt. Die Angehörigen dieser Wirtz haben an manchen Orten mehr Einkommen als die Arbeiter. Zuerst die Soldateska, dann die Arbeiter! In Italien beträgt der Stundenlohn eines Arbeiters durchschnittlich 45 Pf. Die Arbeiter sind gezwungen, sich in den falschistischen Gewerkschaften zu organisieren. Aber diese falschistischen Gewerkschaften unterscheiden sich sehr von den deutschen freien Gewerkschaften. Während die letzteren die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten (obwohl die Nazis von einem Bonzenregiment und einer Gewerkschaftsdiktatur in Deutschland sprechen), sind die falschistischen Gewerkschaften in erster Linie zur Wahrnehmung der Interessen des Kapitals da. (Nach der falschistischen Idee sind z. B. höhere Löhne nur auf Kosten der übrigen Arbeiterkraft herauszuholen. Dieser „Interessenkampf“ ist dazu angeht, daß gegenseitig zu geschleichen und muß deshalb ausgeschaltet werden, denn er ist der Untergang der Wirtz.) Den falschistischen Gewerkschaften gehören auch die Unternehmer an. Bei Forderungen oder Differenzen treten die Parteien zusammen. Werden sich diese nicht einig, diktiert der vorliegende Kammerpräsident (Diktator). Streik oder Sitzwirkeln ist ihm wie mit Gefängnis bestraft. In falschistischen Kreisen glaubt man, daß sich die Wirtz aufheben muß, wenn Streik und Streik unterbunden werden. Niemandes aber gibt es mehr Konjurle, als in Italien, die neuerdings sogar der Kontrolle des Staates unterworfen sind. In Deutschland können der Arbeiterkraft die Nazis insofern gefährlich werden, als sie der großen Masse Indifferenten vorwärtschubeln, die Gewerkschaften seien an der ganzen Wirtschaftsdrepression schuld, durch die Gewerkschaften sei die Krise in den Dreck gefahren worden. Der Redner machte dann Ausführungen über das Wesen des Kapitalismus sowie über die Lage der deutschen Finanzwirtschaft unter Verächtlichung des Ausfalles der Wahlen vom 14. September 1930 und kam dann weiter noch auf das sogenannte Fiebergeld zu sprechen. Diese Theorie unterzog er einer vernünftigen Kritik. Starker Beifall wurde dem Referenten zuteil.

Ludwigshafen a. Rh. In unserer gutbesuchten Versammlung am 11. April konnte der neue Vorsitzende, Kollege **Wichel**, die Mitglieder begrüßen. Unter „Gesellschaftlichem“ brachte er zwei Schreiben zur Verlesung, ein solches vom hiesigen Bürgermeisteramt betreffs größerer Veranstaltungen, wozu es seine Unterstützung angebotener lassen will, und ein solches vom Gauverband betreffs Zugehörigkeit zur KGD. Auf ihm übernahm von der Lehrlingsabteilung wurde ein Druckerkollege. Ein weiterer Kollege wurde wegen Restierens einstimmig ausgeschlossen. Über „Wirtschaftsstreife und Arbeitslos“ hielt sodann Herr Dr. **Kemmer** (Ludwigshafen) einen sehr interessanten Vortrag. In Hand von Beispielen führte er den Wert der Arbeitskraft an und auch den Lohn. Die Ursache der Krise sei Kapitalknappheit, Mehrproduktion als benötigt werde, daher die Lohnsenkung durch die Unternehmer. Von den Trüben und Kartellen könne man keine Erleichterung erwarten. Zum Schluß betonte er, wie notwendig die Organisation sei, wodurch die Möglichkeit geboten sei, eine kleine Besserung herbeizuführen und die Schutzgesetze, sozialen Einrichtungen, ohne die wir nicht existieren könnten, erhalten bleiben. Die Arbeitslosen dazu er, den noch in Arbeit stehenden gegenüber nicht neidisch zu sein und sich selbstbewußt zu erklären. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Als unser achter tariflicher Feiertag wurde bis bisher der Fronleichnamstag bestimmt. Den Kartellbericht gab Kollege **Koch**, wobei er beauftragt, daß der bisherige Arbeiterleiter anderweitig verpflichtet ist und eine Neubesetzung noch nicht erfolgt ist. Sprechstunden werden vertretungsweise durch Herrn Dr. **Kemmer** von 4 bis 7 Uhr abgehalten werden. Unter „Verschiedenem“ wurden noch drückende Angelegenheiten erledigt. (Zum Bericht in Nr. 24 des „Korr.“) sei nachträglich bemerkt, daß der Kollidit unseres früheren Vorsitzenden aus wichtigen, aber nicht aus nützigen Gründen erfolgt ist.)

Magdeburg. (Maschinenseher.) Der Einladung zur Generalversammlung des Bezirks Magdeburg zum 12. April war recht zahlreich Folge geleistet worden. Vorher fand eine Besichtigung des Hofhauses der Magdeburger Druckerei- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. — Faber-Verlag — statt. Vom Erdgeschoss bis zum zwölften Stockwerk nahm man das Haus in Augenschein. Die großen, weiten Räume mit ihren sanitären und hygienischen Einrichtungen sowie mit den neuen technischen Erfindungen fanden allgemeinen Anklang bei den Besuchern. Der Firma sei auch an dieser Stelle für ihr freundliches Entgegenkommen bester Dank gesagt. Um 11 Uhr begann dann die Tagung, an der auch Vertreter der andern Sparten teilnahmen. Nach gesäftigten Mitteilungen wurde der gedruckt vorliegende Jahresbericht besprochen. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassensbericht, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Vorstandes. Beim Punkt „Tarifliches“ folgte eine lebhafteste Debatte ein über die derzeitige Lohnpolitik. Sodann kam man auf das Anlernen an der Seilmaschine zu sprechen. Ein ganz krasser Fall, der aus Burg mitgeteilt wurde, macht es immer dringlicher, daß auch das Anlernen tariflich geregelt werden muß. Beim „Technischen“ kam das Hörspiel „Druckerjoren“ zur Ausführung. Dieses Hörspiel, das vom Kollegen **Buchmann** (Magdeburg) verfaßt worden ist, beschäftigt sich mit dem Druck von Maschinenlag, Faktor Kluge, Metteur Gerabemacher, Drucker Ober und Maschinenseher Schnell sprechen in Rede und Gegrede über die Bearbeitung von Maschinenlag. Durch Klagen über mangelhaften Maschinenlag und Fragen, wodurch dieser Mangel zu erklären sei, war dem Maschinenseher Gelegenheit gegeben, Ursache und Wirkung bei der Herstellung von Maschinenlag technisch zu erklären. Diese Form des Hörspiels ist eine neue Art tariflicher Belehrung. Der reiche Beifall zeugte dafür, daß der Verfasser den Kollegen etwas für sie Wertvolles geboten hatte. Die nächste Bezirksversammlung findet im Herbst in Halle a. S. statt. — Eine gemeinsame Mittagsstafel schloß sich an und hielt die Kollegen noch einige Zeit beisammen.

Mainz. Einen guten Besuch hatte die Bezirksversammlung vom 18. April aufzuweisen. Nach den üblichen Begrüßungsworten des Bezirksvorsitzenden **Wegrich** erfolgte zunächst der Abrtritt von sieben Kollegen aus der Lehrlingsabteilung in die Organisation. Hierauf wurde Stellung genommen zu der Düsseldorf-Entscheidung, die bereits eine Vertrauensmännerversammlung beschloß und deren Resultat die Annahme derselben war. Im weiteren wurde die Bestrafung eines Kollegen aus dem Provinzdruckert Groß-Gerau bekanntgegeben, der, trotz aller Veröffentlichungen im „Korr.“, ohne vorherige Auskunft beim Gauverband einzuholen, dort in Stellung trat und nach kurzer Zeit wieder von dannen ziehen mußte. Mit besonderem Nachdruck betonte der Vorsitzende, daß es grade im Bezirk dieser Druckerei sei, der der Bezirksleitung die größten Schwierigkeiten bereite und letzten Endes die betreffenden Kollegen das Nachsehen hätten. Sodann erfolgte ein Hinweis auf die Notverordnung, die sich mit Preisvergegnissen (Flugblätter und Plakate) befaßt und merkwürdige Bestrafungen vorsieht. Der weitere Verlauf der Versammlung befaßte sich mit dem 50-jährigen Jubiläum des Kollegen **Hugobente**, der zu einer Zeit, in frühesten Jugend, den Weg zur Organisation fand, wo nach Überzeugungsmut erforderlich war. Kollege **Bente** hat es sich nicht nehmen lassen, persönliche Interessen hinter die der Organisation zu stellen und war jahrelang Funktionär. Er war nicht allein Gründer der Mainzer Druckersparte und der Mittelrheinischen Kreisvereingung der Drucker, sondern auch drei Jahrzehnte Kassierer der „Typographia“. Ehren gedachte der Vorsitzende des Wirkens des Jubilars, ihn der jüngeren Kollegenschaft der Nachahmung empfehlend; ein vom Gelangungstert „Gutenbergs“ stimmungsvoll vorgetragenem Chor trug zur Hebung der Stimmung wesentlich bei. Mit herzlichsten Dankesworten des Jubilars für die Glückwünsche und das offizielle Geschenk des Verbandes und des Bezirks richtete dieser noch einen Appell an die Jüngeren, der Organisation stets die Treue zu bewahren und deren Weisungen zu folgen. Kollege **Redakteur B. Schildbach** hielt hierauf einen Vortrag über „Streikzüge aus der Gewerkschaftsbewegung“. Ausgehend von der Frühzeit der Kämpfe bis auf die jüngste Zeit, bewies Redner nur zu deutlich, daß es ohne Kämpfe die Gewerkschaften zu ihrem heutigen Ansehen und ihren Machtstellungen nicht gebracht hätten. Wenn sich auch im Laufe der Jahrzehnte so manches gebessert habe, so sei der Reaktion der Zusammenschluß der

gesamten Arbeiterchaft auch heute noch ein Dorn im Auge. Sozialistengesetz, Koalitionsverbot und unsere neuesten Notverordnungen beweisen, wie man dem wertvollen Volke die Rasse aus der Hand zu winden versucht. Die seit einigen Jahren eingeschlehte Zerrüttung und Zerplitterung der Arbeiterchaft drohe alte und ältste Errungenschaften zu schanden zu machen. Mit dem Hinweis, daß nur geschlossene Reihen dem Vormarsch der Reaktion ein Halt bieten können, schloß Redner seine Ausführungen, für die ihm reicher Beifall zuteil wurde. Die überaus große Arbeitslosigkeit gab Veranlassung, daß sich die Versammlung, auf Vorschlag des Vorstandes, damit einverstanden erklärte, das Jubiläumsfest in diesem Jahre in einer beschreibenden Form zu begehen. Mit dem Besuche der Jahresversammlung der Gutenbergs-Gesellschaft und einem zwanglosen familiären Treffen im „Wanderheim“ am Nachmittag soll dem diesjährigen Jubiläumsgenüge getan sein. Die Regelung einiger lokaler Angelegenheiten bildete den Abschluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Küßlingen-Wilhelmshausen. Unsere Versammlung am 18. April war sehr gut besucht. 52 Kollegen hatten sich dazu eingefunden. Nach Verlesung verschiedener Eingänge, u. a. eines Dankschreibens der ausgeperrten Königsberger Kollegen, wurde dem Kassierer für die gedruckt vorliegende Kassenaufrechnung vom ersten Quartal 1931 einstimmig Entlastung erteilt. Zum Punkt „Drückende Angelegenheiten“ gaben die Vertrauensleute der einzelnen Druckereien einen eingehenden Bericht über Beschäftigungsgrad, Lohnbewegung und soziale Einrichtungen und Verbesserungen. Eine lebhafteste Diskussion entstand über das eigenartige Gebaren der Geschäftsleitung der „Wilhelmshäuser Zeitung“, die drei Kollegen je einen Tag Wehrurlaub gewährte wegen besonderer Leistungen, nachdem eine allgemeine Ferienverbesserung abgelehnt worden war. Die Mitgliedschaft verlangte von diesen drei Kollegen, daß sie die „Prämierung“ rückgängig machen und auf diese Urlaubsverbesserung verzichten. Eine Betriebsversammlung vorgenannter Druckerei unter Hinzuziehung des Ortsvereinsvorstandes wußte sich noch mit dieser Angelegenheit befähigt. Da auch der zweite Vorsitzende zu diesen „Prämiierten“ gehörte und sich den Forderungen der Mitgliedschaft nicht so ohne weiteres unterwerfen wollte, zog selbiger die Konsequenzen und stellte sein Amt zur Verfügung. Betreffs der diesjährigen Reise wurde der Aufbruch des **WGB** zur machtvollen Demonstration für die 40-Stunden- oder Fünf-Tage-Woche und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung einstimmig gutgeheißen und einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Ferner wurden den arbeitslosen Kollegen eine Freizeitarbeite und 2 M. Freizeigeld für die Maifeier bewilligt. Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, das diesjährige Jubiläumsfest im „Wertspeichersaal“ zu veranstalten. Die Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen. Es folgte danach die Einführung von zwei Neuausgelehrten, denen die „Kleine Verbandsgeschichte“ überreicht wurde.

Sz. Schleswig. Am 15. April konnte Kollege **Erich Rörker** sein 25-jähriges Jubiläum begehen. Der Ortsverein nahm daher in einer Versammlung am 18. April Veranlassung, ihm durch den Vorsitzenden Glückwünsche und Dank zu sagen für seine Treue, für seine jahrelange Tätigkeit als Druckereikassierer und für seine wiederholte Mitwirkung bei festlichen Gelegenheiten. Die Überreichung eines geschmackvollen Diploms war das äußere Zeichen unseres Dankes. Dann trat man in die Erlebung der Tagesordnung ein. Von den Eingängen und Mitteilungen sei die Mitteilung des Vorsitzenden erwähnt, daß nunmehr die Betriebsräte wählen in allen Druckereibetrieben durchgeführt sind. Der Kassensbericht wurde in Abwesenheit des Kassierers verlesen. Kollege **Kohlenberg** gab den Kartellbericht; der Punkt „Maifeier“ und ein Schreiben an den Magistrat der Stadt Schleswig betreffs sofortiger Einführung der 40-Stunden-Woche in den städtischen Betrieben seien aus dem Bericht besonders vermerkt. Eine rege aber sachliche Aussprache entspann sich über die eventuelle Arbeitsruhe am 1. Mai in den hiesigen Druckereien. Nach lebhaftem Für und Wider wurde eine solche in der Abstimmung abgelehnt; es wurde aber eine rege Beteiligung an den Veranstaltungen des 1. Mai empfohlen und dringend darum gebeten. Das Jubiläumsfest findet am 27. Juni außerhals Schleswigs statt. Der Bericht über die Konferenz der Gauauschmittglieder und Lehrlingsleiter in Kiel am 2. und 3. April wurde vom Kollegen **Zeile** erstattet, der wohl eingehend über den Verlaufs orientiert haben dürfte. Das Sachliche wird wohl demnach durch den Vorstand angeregt (und der Handhabe zur weiteren Durchführung überwiegen) **Wethemeyer** zur Erlangung eines guten Briefpostens usw. einige Belebung erfahren. Der Wethemeyer ist offen für sämtliche Mitglieder einschließl. der Lehrlingsabteilung; einige Buchpreise sind ausgesetzt. Leider war die Versammlung im Verhältnis so spärlich besucht. Der Vorsitzende bat, für Besserung zu sorgen und die Lauer und Säumigen immer wieder zum regelmäßigen Versammlungsbesuch aufzufordern.

Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfung. In **Münzberg** haben sich an der im März abgehaltenen Gehilfenprüfung 25 Seher und 10 Drucker aus Nürnberg und Kitzbühel beteiligt. Das Ergebnis ist folgendes: Seher: Praktisch Note 1 zwei, Note 2 14, Note 3 9; Theoretisch Note 2 16, Note 3 8, Note 4 einer. Drucker: Praktisch Note 2 10; Theoretisch Note 1 einer, Note 2 8, Note 3 einer. Ein weiterer Druckerprüfung legte nur die theoretische Prüfung mit Note 2 ab, wegen Erkrankung muß er die praktische Prüfung noch nachholen. Außerdem wurden noch drei ältere Gehilfen geprüft, wovon einer (Nichtverbänder) die Prüfung nicht bestand. — Am Sonntag, dem 26. April, fand eine Ausstellung der Gehilfenprüfungsarbeiten in der städtischen Fachschule für Buchgewerbe und Graphik statt; anschließend die Verteilung der Zeugnisse. Die Prüflinge mit Note 1 und 2 erhielten ein Geldgeschenk durch den Nürnberger Prinzipalsverein. Die Gehilfenprüfungsarbeiten werden dem Verbandsvorstand zu Rubendungsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. — Im Handwerksammerbezirk **Schweinfurt** unterzogen sich am 11. April 6 Lehrlinge (4 Seher und 2 Drucker) der Gehilfenprüfung. Von den Lehrlingen waren 2 von Schweinfurt, 2 von Bad Kissingen, einer von Gerolshofen und einer von Hommelberg. Von den Sehern

erhielten im Theoretischen 3 die Note Gut, einer Genügend; im Praktischen einer die Note Sehr gut, einer Gut und 2 Genügend. Von den Druckern erhielten im Theoretischen beide die Note Genügend; im Praktischen einer die Note Gut und einer Genügend. Die theoretische Prüfung wurde in der städtischen Berufsschule und die praktische Prüfung in einer Schweinfurter Druckerei vorgenommen.

Zwischenprüfung. Im Handwerksammerbezirk **Schweinfurt** fand am 25. April eine Zwischenprüfung für Buchdruckerlehrlinge statt. Es wurden 11 Seher- und 2 Druckerlehrlinge geprüft. Die theoretische Prüfung wurde in der städtischen Berufsschule und die praktische Prüfung in einem größeren Betriebe vorgenommen. Von den Prüflingen waren 4 von Schweinfurt, 2 von Bad Kissingen, 2 von Gerolshofen, 2 von Königshofen und je einer von Hofheim, Wehrichstadt und Münnerstadt. Das Ergebnis der Prüfung befriedigte die Prüfungskommission, von einigen Ausnahmen abgesehen, diesmal gar nicht, und es wurde den betreffenden Lehrherren brieflich mitgeteilt, in welchen Fächern noch gründliche Nachhilfe notwendig ist, um bei der in zwei Jahren stattfindenden Gehilfenprüfung zu einem besseren Resultat zu kommen. Diese Prüfung hat gezeigt, daß eine Zwischenprüfung des gewerblichen Nachwuchses von größerer Bedeutung ist, als ihr allgemein zugespöhen wird. Von den Seherlehrlingen erhielten im Theoretischen 6 die Note Genügend, 4 Gut, einer Sehr gut und einer Ausgezeichnet; im Praktischen einer die Note Ungenügend, fünf Genügend, vier Gut und einer Sehr gut. Von den Druckerlehrlingen erhielten einer die Note Genügend und einer Gut; im Praktischen einer Genügend und einer Sehr gut.

Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Wien. Der Verein deutscher Zeitungsverleger in Berlin leitete eine Einladung des Verbandes der Herausgeber der österreichischen Tageszeitungen — die von der Bundesregierung und der Stadt Wien nachdrücklich unterstützt wurde. — Folge und hält seine diesjährige Tagung in der Zeit vom 31. Mai bis 4. Juni in Wien ab. Zum erstmalig seit Bestehen der Zeitungsverlegerorganisation veranlassen sich die reichsdeutschen Zeitungsverleger außerhalb der Grenzen unseres Reiches, und es ist wohl kein bloßer Zufall, daß diese Tagung in die Zeit der Kollektivvertragsverhandlungen im österreichischen Buchdrucker- und im Wiener Zeitungsvergewerbe fällt.

Witko deutscher Redakteure in Polen. Vor dem Burggericht in Katowitz als Berufungsinstanz hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Katowitzer Zeitung“, Dr. Hoffmann, zu verantworten, der angeklagt war, einige Tage nach den bekannten Terrorakten in Golaßow einen Artikel veröffentlicht zu haben, in dem einem Abgeordneten **Waldby** der Vorwurf gemacht wurde, die Auffständigen gegen die Deutschen aufgewiegelt zu haben und somit der moralische Urheber der Verbrechen in Golaßow gewesen zu sein. Nach Vernehmung von 23 Zeugen wurde Dr. Hoffmann wegen Beleidigung des betreffenden Abgeordneten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In einem zweiten Prozeß, der demselben Angeklagten wegen eines Artikels mit der Überschrift: „Tut nichts, der Deutsche wird bestraft“, gemacht wurde, erfolgte Freispruch. Ebenfalls freigesprochen wurde der Angeklagte wegen eines Artikels, in dem die französische Stimmungsmache für Genf kommentiert wurde. Dagegen wurde Dr. Hoffmann in einem weiteren Prozeß wegen eines Artikels: „Englische Manifestation gegen den Terror“, zu 100 Pfund Geldstrafe verurteilt. In den drei letzten Prozessen lautete die Anklage auf Verübung groben Unfugs.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützungsberechtigten in der Arbeitslosenversicherung ist vom 31. März bis 15. April um etwa 213 000 auf 2 108 770 zurückgegangen. Die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung befindlichen Arbeitslosen ist um etwa 33 600 auf 880 000 gesunken. Die richtige Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt ist noch nicht festgelegt.

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der 28. ordentliche Genossenschaftstag findet vom 8. bis 10. Juni in der „Stadthalle“ in Magdeburg statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes und über allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten, die Erörterung der gegen die Konsumvereine gerichteten Nachsprüfung der Zivil- und Finanzgerichte und Vorträge über die Bedeutung und die Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion und über das konjunkturenabhängige Fortbildungswesen. Im Anschluß an den Genossenschaftstag findet ebenfalls in der „Stadthalle“ in Magdeburg am 11. Juni die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Auf der Tagesordnung stehen innere genossenschaftliche Angelegenheiten.

Vom Lindcar-Fahrerarbeit. Dieses Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften liegt im Silden Berlins, in Lichtenrade, auf einem 32 000 Quadratmeter großen Gelände. Die Werkstattshallen und Verwaltungsgebäude des großen Werkes bedecken eine Fläche von 12 000 Quadratmetern, und die weiten, hellen Hallen verfügen über Fabrikationseinrichtungen, die eine Tagesproduktion von 600 Fahrzähren ermöglichen. Es handelt sich also bei dem Lindcar-Fahrerarbeit um ein Unternehmen, das mit an erster Stelle in der deutschen Fahrzähndindustrie steht. Im allgemeinen hat sich das Krisenjahr 1930 für die Fahrzähndindustrie geradezu katastrophal ausgewirkt. Es war in Deutschland allgemein ein sehr harter Rückgang des Fahrzähndabflages eingetreten. Deshalb hat das Lindcar-Fahrerarbeit im vergangenen Jahre nicht nur glänzend abgeschnitten, sondern ist noch stärker in Führung gegangen. Die Produktion betrug 30 000 Fahrzähler, der Verkauf an Verbraucher 29 060 Stück. Unter den Käufern stehen die Buchdrucker im Verhältnis zur Mitgliedszahl ihres Verbandes mit 1,13 Proz. an der Spitze aller Gewerkschaften. (Die nächsthöchste Käuferzahl erreichte der Dachdeckerverband mit 0,95 Proz.) Immer sind die Bemühungen der Werksleitung dahin gegangen, den Gewerkschaftsmitgliedern ausgeprägte Qualitätsräder zu liefern. Daneben huldigt sie dem Grundsatz, auch dem Kleinstverdienner die Beschaffung eines Fahrzähres auf bequeme Art, d. h. durch liberale Teilzahlungen, zu ermöglichen. Bei der Ermöglichung, die die Werke jetzt erfahren haben, ist der Käufer schon in acht bis zehn Monaten im vollen Besitz des Rades. Neben dem Fahrzährgeschäft wurde das Fahrzähnteilgeschäft gepflegt. In der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres wurde der Nähmaschinenvertrieb neu aufgenommen. Der kürzlich in unsre

